Deutscher Bundestag **Drucksache 19/14498**

19. Wahlperiode 25.10.2019

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Matthias Höhn, Heike Hänsel, Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/9342 –

Deutsches Moratorium für autonome Waffensysteme erklären und völkerrechtliches Verbot auf den Weg bringen

A. Problem

Die Antragsteller kritisieren, dass die Verhandlungen auf Ebene der Group of Governmental Experts (GGE) zur Frage der Autonomisierung von Waffen im Rahmen der VN-Waffenkonvention CCW (Convention on Certain Conventional Weapons) in Genf auf der Stelle träten. Sie beabsichtigen, mit dem Beschluss des Bundestages die Bundesregierung zu verpflichten, den eigenen Koalitionsvertrag umzusetzen, indem die Bundesregierung ein Moratorium der Anschaffung dieser Systeme erklärt.

B. Lösung

Der Verteidigungsausschuss schlägt die Ablehnung der Vorlage vor.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 19/9342 abzulehnen.

Berlin, den 16. Oktober 2019

Der Verteidigungsausschuss

Wolfgang Hellmich
Vorsitzender

Florian Hahn
Berichterstatter

Siemtje Möller
Berichterstatterin

Gerold Otten
Berichterstatter

Alexander Müller
Berichterstatter

Christine Buchholz
Berichterstatter

Katja Keul
Berichterstatterin

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Florian Hahn, Siemtje Möller, Gerold Otten, Alexander Müller, Christine Buchholz und Katja Keul

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/9342** in seiner 115. Sitzung am 26. September 2019 zur federführenden Beratung an den Verteidigungsausschuss sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss und den Ausschuss Digitale Agenda überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller führen an, dass die Verhandlungen zu einem Verbotsvertrag über autonome Waffen nicht vorankämen. Während eine Reihe von Staaten ihre Bereitschaft signalisiert habe, einen solchen Vertrag zu unterzeichnen, behinderten andere Staaten dieses Projekt. Die Koalitionspartner der Bundesregierung hätten in ihrem Koalitionsvertrag zwar die Formulierung aufgenommen, dass man autonome Waffensysteme, die der Verfügung des Menschen entzogen seien, ablehne und sie weltweit ächten wolle, doch sei der von der Bundesregierung in der CCW vorgeschlagene Code of Conduct nach Ansicht der Antragsteller eine vollkommen unzureichende Nichtpositionierung. Die Antragsteller verfolgen mit dem Antrag daher das Ziel, dass die Bundesregierung vom Deutschen Bundestag aufgefordert werde, sich klar zu dem Verbot autonomer Waffen zu bekennen und durch verschiedene Maßnahmen aktiv darauf hinzuwirken.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 39. Sitzung am 16. Oktober 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat in seiner 39. Sitzung am 16. Oktober 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 41. Sitzung am 16. Oktober 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Im Verlauf der Ausschussberatung verwies die **Fraktion der CDU/CSU** auf den Passus zu autonomen Waffensystemen im Koalitionsvertrag. Ein Vorgehen im Alleingang sei aber nicht sinnvoll. Vielmehr strebe man ein internationales Vertragswerk an, an dem möglichst viele Staaten beteiligt seien.

Die **SPD-Fraktion** hob hervor, dass der Passus der Ächtung autonomer Waffensysteme auf ihren Druck in den Koalitionsvertrag aufgenommen worden sei. Eine allein nationale Lösung werde aber keinen Effekt haben, weshalb es wichtig sei, eine Einigung auf internationaler Ebene anzustreben. Das Handeln der Bundesregierung gehe daher über das Ziel des Antrags deutlich hinaus.

Die **Fraktion der AfD** legte dar, dass man autonome Waffensysteme in der bezeichneten Art ebenfalls ablehne. Da aber weltweit erhebliche Anstrengungen in die Forschung auf diesem Gebiet unternommen würden, dürfe sich Deutschland nicht ins Abseits begeben.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die **FDP-Fraktion** unterstrich, dass die grundsätzliche Zielrichtung des Antrags zwar geteilt werde, man aber berücksichtigen müsse, dass insbesondere die USA und China sehr intensiv auf diesem Gebiet forschen würden. Deshalb sei es entscheidend, in diesem Bereich selbst Forschung zu betreiben und diese Technik soweit zu kennen, dass man sich dagegen verteidigen könne.

Die **Fraktion DIE LINKE.** kritisierte die Untätigkeit der Bundesregierung in diesem Bereich. Die aktuelle Entwicklung produziere aber ein neues Potential unbeherrschbarer Szenarien, weshalb es gut sei, dass durch die Zivilgesellschaft und auch Nichtregierungsorganisationen stärkerer Druck aufgebaut werde. Deutschland habe bislang nur eine Beobachterrolle eingenommen, doch wäre eine eigene Erklärung, dass die Bundesregierung ausschließt, solche Waffensysteme jemals selbst anzuschaffen, klar wünschenswert.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, dass Einrichtung der CCW in Genf zu begrüßen sei. Wünschenswert wären jedoch klare Verhandlungen und ein stärkeres Engagement der Bundesregierung mit dem Ziel, auch rechtsverbindliche Vereinbarungen zu erreichen. Man habe daher einen eigenen Antrag einbracht, zu dem demnächst eine Anhörung im Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung stattfinden solle.

Berlin, den 16. Oktober 2019

Florian Hahn
Berichterstatter

Siemtje Möller
Berichterstatterin

Gerold Otten
Berichterstatter

Alexander Müller
Berichterstatter

Christine Buchholz
Berichterstatter

Katja Keul
Berichterstatterin

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.